

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

IM AALENER STADTRAT

Rede zum Haushaltsentwurf 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Bedingt durch die wirtschaftliche Entwicklung jagen wir bei der Finanzkraft von Rekord zu Rekord. Von 57 Mio Euro Einnahmen aus Steuern und Umlagen in 2011 auf jetzt knapp 87 Mio. Rasch haben wir unser Ausgabeverhalten angepasst. Darin steckt sehr viel Notwendiges, vor allem bei Bildung und Betreuung. Und dennoch ist es ein Tanz auf dem Vulkan. Man mag sich nicht ausmalen, was passiert, wenn ein wirtschaftlicher Abschwung kommt. Nun gilt es, nachhaltig zu investieren. Nachhaltig sind Ausgaben für Bildung, Investitionen, die unsere Folgekosten senken und solche in den Klimaschutz, was teilweise deckungsgleich ist. Wir sollten uns aber davor hüten, neue Prestigeobjekte mit hohen Folgekosten anzugehen.

„Treibhauseffekt, Erderwärmung, Klimawandel sind die beherrschenden Themen der weltweiten politischen und gesellschaftlichen Diskussionen.“ So Sie, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede. Nun wird es darauf ankommen, jede eingebrachte Vorlage, jeden Beschluss auf die Auswirkungen auf das Klima abzuklopfen und gegebenenfalls nachzusteuern. Dabei dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben: Klimaschutz, ohne dass es jemand merkt, wird es nicht geben. Die Bedrohung ist fundamental. „Wenn sich nichts Grundlegendes ändert, droht unsägliches menschliches Leid“, so erst vor zwei Wochen über 11.000 Wissenschaftler. Heute trifft das bereits vor allem arme Menschen z.B. in Afrika oder der Karibik. Morgen werden es unsere Kinder sein. Alle sind gefordert. Hier gilt: „Mehr wagen, um nicht alles zu riskieren!“ Dabei sollten wir aber nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren, sondern die Riesenchancen, die in einer Veränderung liegen, be- und ergreifen. Für das Land der Tüftler und Erfinder liegen enorme volkswirtschaftliche Potentiale in grünen und nachhaltigen Technologien.

Die Verkehrswende eröffnet uns in den Städten die Möglichkeit, wieder Lebensräume für die Menschen in den Innenstädten und in Wohngebieten zurückzuerobern und lebenswert zu gestalten.

Wie ernst wir es mit dem Handlungsprogramm Umwelt meinen, wird sich an unserer Verkehrspolitik ablesen lassen und zwar dann, wenn Interessenskonflikte auftauchen. Konkret: Der Kampf um den öffentlichen Verkehrsraum und die Verteilung der Gelder auf die Verkehrsmittel. Das beschlossene Mobilitätskonzept wird diesen Anforderungen in keiner Weise gerecht. Die Vorgabe für die CO₂-Reduktion im Verkehr bis zum Jahr 2030 um 11 % reicht hinten und vorne nicht. Noch vor Erreichen des Zieljahres muss tiefgreifend nachgesteuert werden. Dreh- und Angelpunkt ist hier der sogenannte Modal Split, also die prozentuale Aufteilung der Verkehre auf die einzelnen Verkehrsmittel. Ein paar Prozent Verschiebung vom Autoverkehr hin zum öffentlichen Personennahverkehr reichen nicht. Es muss uns gelingen, einen erheblichen Anteil des Autoverkehrs auf Busse, Bahnen und Fahrrad zu verlagern. Wir werden diesbezüglich gesondert Anträge stellen.

Was wir aber auf jeden Fall zeitnah brauchen, ist eine Erhebung des status quo. Die Erhebung über die Verkehrsmittelwahl stammt aus dem Jahr 2013. Wir benötigen Zahlen aus 2020, auf denen wir aufsetzen können. **Wir beantragen deshalb die Einstellung von 50.000 € für eine neue Erhebung des sogenannten Modal Splits zur Vorbereitung eines neuen Klimamobilitätsplanes.**

Wenn wir die Herausforderung der Verkehrswende mit Nachdruck angehen, werden wir auch im Gegenzug für die Stärkung des Umweltverbands hohe Einsparungen bei Verkehrsbauwerken für den Autoverkehr erreichen. Auf eine weitere Auffahrt zur Westumgehung im Bereich „Bottich“ müssen wir dann aber wirklich ebenso verzichten wie auf den Bau weiterer Parkhäuser für Pendler. Alles andere wäre weder finanzierbar, noch würde die notwendige Steuerungswirkung eintreten.

Herr Rentschler, Sie kündigen in ihrer Haushaltsrede vollmundig an, im Etat seien für 2020 für den Ausbau der Radwegeinfrastruktur 1,8 Millionen Euro vorgesehen. Dumm ist nur, dass das falsch ist. Liest man die Erläuterungen zu dem entsprechenden Ansatz im Investitionsprogramm, so findet man folgendes: „*Gehweg Treppacher Straße, Fußweg Spitzwaldweg, Gehweg Jurastraße, Gehweg Hohenstauferstraße, Gehweg Bonifatiusstraße, Gehweg Steinbeisstraße, Gehweg Ziegelstraße*“. Ferner noch folgende kombinierte Geh- und Radwege, die allein als Radweg verbucht werden: Radweg am Kocher, Radweg Waldhausen zur BAB 7 und Radwegequerung beim Landratsamt Aalen.

Nur ein kleiner Teil der 1,8 Mio entfällt also tatsächlich auf Radwege. Und die angeblich für die Radwegeinfrastruktur vorgesehenen Beträge sollen über die Jahre hinweg sogar stark sinken. Wir brauchen einen großen Wurf. Ein durchgängiges gut dotiertes Investitionsprogramm für die Radwege für die nächsten zehn Jahre. **Wir beantragen, für die nächsten vier Jahre ein Aktionsprogramm Radwege mit Investitionen in Höhe von 2 Millionen € jährlich**, aber tatsächlich allein für die Radwege. Nicht verbrauchte Mittel müssen ausschließlich für Radwegeinvestitionen in das jeweilige Folgejahr übertragen werden. Der tatsächlich von der Stadt zu zahlende Anteil reduziert sich durch Zuschüsse erheblich. Das Land erhöht sogar den Zuschuss für besonders klimafreundliche Mobilitätsmaßnahmen noch von 50% auf 75% und beteiligt sich neuerdings auch an Planungskosten. Das wollen wir nutzen!

Besonders wichtig ist, dass die Maßnahmen auch zeitnah umgesetzt werden können. Hierzu müssen bei der Stadt die Planungskapazitäten geschaffen, gegebenenfalls Aufträge extern vergeben, Grundstücksverhandlungen proaktiv geführt und Zuschussanträge frühestmöglich gestellt werden. Und wir wollen frühzeitig über Maßnahmen beraten und mitbestimmen. Kosmetische Maßnahmen, wie die Abmarkung von sogenannten Sicherheitsstreifen auf engen und viel befahrenen Straßen, schaffen keine Sicherheit.

Für das Jahr 2020 **beantragen wir, zusätzlich 200.000 Euro für die Fortführung des Geh- und Radweges von der Kettelerstraße Richtung Grauleshof in den Haushalt aufzunehmen**. Wir beantragen, dass umgehend Grundstücksverhandlungen zum Erwerb der letzten erforderlichen Fläche aufgenommen werden und parallel die Ausführungsplanung erfolgt.

Wenn wir es ernst meinen mit der Verkehrswende, dürfen wir uns beim **ÖPNV** nicht hinter Zuständigkeiten verstecken. Sicher ist der Kreis in erster Linie gefragt, wir müssen aber am Ball bleiben. Das Wiener Modell eines ÖPNV-Verbundtickets für 365 € wäre ein erster Schritt. Zentral ist aber vor allem die Einbindung der Wohngebiete und der Teilorte, enge Taktzeiten und Bedienung bis am späten Abend. Wir freuen uns, dass auf unseren Antrag mit dem Kreis und dem Land über die Einrichtung einer **Regio-Express-Linie von Neresheim über Ebnat und Waldhausen nach Aalen** verhandelt werden soll. Das Härtsfeld ist abends vom öffentlichen Verkehr schlichtweg abgehängt. Es muss aber möglich sein, wie in anderen Stadtteilen die ganze Woche über zumindest bis 24 Uhr Verbindungen zu schaffen. Unser Antrag, sich mit der Stadt mit 100.000 € zu beteiligen, wurde aufgegriffen. Cofinanzierungsanträge werden im Kreistag

eingebraucht. Wir gehen davon aus, dass die Finanzierung des städtischen Anteils gesichert ist.

Beim **Bahnhalt West** müssen alle Parteien auf allen Ebenen politischen Druck ausüben. Es ist ein Aberwitz, dass die Deutsche Bahn mit ihrer geforderten Bahnsteighöhe von 78 cm für den Fernverkehr alle Bahnhalte, die nur vom Nahverkehr bedient werden, lähmt.

Vom **1000-Zebrastrreifen-Programm** des Landes, für das sich die Stadt mit dem Stadtteil Unterkochen beworben hat, haben wir nichts mehr gehört. Vermutlich sind wir nicht zum Zug gekommen. Wir hatten ja beantragt, mit Wasseralfingen teilzunehmen. Dort gibt es viele Kreisverkehre, an denen sich auch schon schwere Unfälle mit Fußgängern ereignet haben. **Wir stellen deshalb den Antrag, 42.000 Euro einzustellen, um das Fachbüro, das für das Land das Aktionsprogramm sichere Straßenquerung in ausgewählten Kommunen begleitet, mit einer Analyse und einem Zebrastrreifenkonzept zu beauftragen.**

Wir beantragen, die in den Jahren 2020 bis 2022 eingestellten 2,3 Millionen € für die Anlage eines Kreisverkehrs an der Einmündung der Ebnater Steige in Unterkochen zu streichen. Den Anschluss des neuen Alaufstiegs an das örtliche Verkehrsnetz vorzuziehen, ist weder notwendig, noch sinnvoll. Das sollte nach Vorliegen der vollständigen Planung im Zuge der Gesamtmaßnahme erfolgen.

Wir haben immer klar zum Ausdruck gebracht, dass es sich bei dem **Steg am Stadtoval** um ein zwar ansprechendes, aber funktionell wenig sinnvolles und unnötiges Luxusbauwerk handelt. Nun zeichnet sich ab, dass die Kosten explodieren werden. Gestartet ist man bei rund 3 Millionen €, eingestellt in die mittelfristige Finanzplanung sind 6,5 Millionen €. Das Ergebnis der aufgehobenen Ausschreibung wird von der Verwaltung gegenüber der Öffentlichkeit zurückgehalten. Wir sagen klar: „Wir werden keinen Cent zusätzlich dafür genehmigen“.

Das **Kombibad** ist etwas aus dem Fokus geraten, für uns aber das wichtigste Bauprojekt der nächsten Jahre. Hier werden wir auf eine zeitnahe Umsetzung drängen. Dabei muss auch für die ehrenamtlichen Helfer der DLRG, die in den Bädern wertvolle Arbeit leisten, eine gute Unterbringungsmöglichkeit geschaffen werden, die den Verein nicht mehr kostet als bisher.

Die vorgeschlagene reine Deckelungslösung für den **Parkplatz bei der Festhalle Unterkochen** ist nach unseren Recherchen nicht verantwortbar. Die dort festgestellte **Quecksilberbelastung** ist gewaltig und nach unserer Erinnerung einmalig. Da müssen wir nachfinanzieren.

Ob der Kostenrahmen von knapp 16 Millionen € für die **Sanierung des Rathauses** vor allem im Hinblick auf die energetische Sanierung ausreicht, darf in Zweifel gezogen werden. Aus unserer Sicht ist diese aber vorrangig, aus Gründen des Klimaschutzes, aber auch, um Folgekosten zu sparen. Die Stadtverwaltung kämpft unter Hinweis auf die schlechte Klimabilanz von Abbruch und Neubau leidenschaftlich für eine Sanierung und gegen einen Neubau. Sehr bemerkenswert, dass man von all diesen Erkenntnissen bei dem parallel gelagerten Fall des Talschulzentrums in Wasseralfingen nichts wissen will.

Die Verbesserung vor allem der Toilettensituation am **Aalbümlle** hat für uns höchste Priorität. Und wo, wenn nicht dort, auf dieser abgelegenen „Insel“, ist es sinnvoll, erneuerbare Energien für Erzeugung von Strom und Warmwasser zu nutzen? Wir hoffen, dass das von uns beantragte und vom AUST beschlossene Projekt mit der Hochschule zustande kommt. Eine ansprechende und vorzeigbare Lösung wäre beispielgebend und böte der Hochschule eine Möglichkeit, an dieser Stelle für sich zu werben.

Die **Spion-Karte**, die zum 1. Januar neu eingeführt werden soll, stellt Familien mit mehreren Kindern schlechter als mit dem alten Familien- und Sozialpass. Das ist ein falsches Signal! Deshalb **stellen wir den Antrag, die Einkommensgrenzen für die Spion-Karte für Haushalte mit mehreren Personen zu erhöhen**. Hierfür ist der Vorschlag eines engagierten Bürgers eingegangen, den wir für fundiert und gerecht halten. Danach sollen Haushalte mit mehreren Personen sozial so gestellt werden wie ein Single, für den die Bruttoeinkommensgrenze von 34.000 € gilt. Nach empirischen Untersuchungen muss man dafür die Nettoeinkommensgrenze für weitere Personen über 14 Jahren um den Faktor 0,5 und für Personen unter 14 Jahren jeweils um den Faktor 0,3 erhöhen. Die Entgeltabrechnung der Stadt müsste hier noch Abrechnungssimulationen durchführen, um entsprechend handhabbare Bruttogrenzen erhalten.

Mit dem **AKITA** sind wir in Aalen auf einem guten Weg. Sowohl die Erzieherinnen und Erzieher als auch die Mitarbeiter(innen) im zuständigen Amt leisten hervorragende Arbeit, obwohl der schnelle Ausbau des Betreuungsangebots ihnen alles abverlangt. Ob wir nachhaltigen Erfolg haben, wird entscheidend von der Gewinnung und dem Halten qualifizierter Fachkräfte abhängen. **Wir beantragen, eine mit den Trägern abgestimmte Ausbildungsoffensive zu starten** und die Arbeitsbedingungen für die Erzieher so zu gestalten, dass wir für diese Fachkräfte ein attraktiver Arbeitgeber sind.

Zum Schluss noch zwei Anmerkungen zu Ausführungen in Ihrer Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, die dringend einer Erwiderung bedürfen:

Sie bringen darin Sachdebatten im Gemeinderat in Zusammenhang mit „Parteiengezänk“. Das ist ein durchaus gefährlicher Begriff, ist er doch geeignet, demokratische Prozesse herabzuwürdigen. Das Ringen um Positionen in Parlamenten bildet unterschiedliche Meinungen auch in der Bevölkerung ab. Und es gelingt dem Gemeinderat immer wieder, auf diesem Weg Verbesserungen an eingebrachten Vorschlägen zu erreichen. Ein Gemeinderat ist nicht dazu da, lediglich in einer vom Oberbürgermeister vorgegebenen „Einheitssoße“ zu rühren. Nein, er muss Vorschläge diskutieren, manchmal auch leidenschaftlich. Das ist ein Kennzeichen der Demokratie. Wo dies nicht geschieht, haben die Bürger das – durchaus berechtigte - Gefühl, es sei doch sowieso schon alles hinter verschlossenen Türen entschieden und es bestehe keine Einflussmöglichkeit mehr. Dann wird es Gegnern der Demokratie leicht gemacht, mit Angriffen gegen vermeintliche Eliten Stimmung zu machen.

Und noch etwas: Sie fordern immer wieder ein, man solle Ihnen doch Vertrauen entgegenbringen, Herr Oberbürgermeister. Der Wunsch ist nachvollziehbar. Vertrauen kann man aber nicht erzwingen, sondern es muss entstehen. Dazu gehört, dass man mit offenen Karten spielt und einem ehrenamtlich tätigen Organ die Arbeit erleichtert und nicht erschwert. Und genau an diesem Punkt haben wir unter ihrer Leitung ein dickes Problem. Wenn z.B. die Verwaltung im Namen der Stadt eine Stellungnahme abgibt, wie beim Gmünder Torplatz, dann müssen die Gemeinderäte diese selbstverständlich erhalten. Und wenn ein Gemeinderat eine so gravierende Frage entscheiden muss, wie mit einer massiven Giftbelastung im Boden umgegangen wird, dann ist es eine blanke Selbstverständlichkeit, dass jeder Gemeinderat ein dazu eingeholtes Gutachten vor der Entscheidung erhält. Es ist völlig unakzeptabel, dass stattdessen einzelne Mandatsträger im Rathaus antanzen sollen, um Einsicht in diese Entscheidungsgrundlage zu nehmen und

das Gutachten dann abschreiben müssen, um ihren Fraktionen berichten zu können. Die Akteneinsicht ist nach der Gemeindeordnung als zusätzliches Recht für die Fraktionen vorgesehen und nicht als Instrument für den Oberbürgermeister, die Informationen an die einzelnen Gemeinderäte einzuschränken. Wir appellieren hier an Sie, Herr Oberbürgermeister: „Hören Sie auf, zu mauern! Hören Sie auf, Information als Herrschaftsinstrument einzusetzen!“ Dann können wir uns viele unnötige Diskussionen ersparen und uns auf die Sache konzentrieren. Dabei werden alle gewinnen, auch Sie.

Lassen Sie mich zum Schluss namens meiner Fraktion Dank sagen an die Mitarbeiter(innen) der Stadt, denen wir voll vertrauen. Dank für die wertvolle und anstrengende Arbeit. Dank auch an die Kämmerei für die solide Arbeit und die offene Kommunikation mit den Fraktionen.

Michael Fleischer

(Es gilt das gesprochene Wort)